

Verantwortung in der Berufspolitik auf gesichertem Wissen

Akademie für freiberufliche Selbstverwaltung verlegt Geschäftsstelle nach Berlin – fünfter Studiengang beginnt 2008

Nach vier erfolgreichen Studiengängen plant die Akademie für freiberufliche Selbstverwaltung und Praxismanagement in Berlin (AS-Akademie) den fünften Studiengang zum Jahresanfang 2008. Seit acht Jahren gibt es ein besonderes berufsbegleitendes Fortbildungsangebot für Zahnärztinnen und Zahnärzte, die Interesse an der Übernahme von Verantwortung in Gremien der zahnärztlichen Berufspolitik und Selbstverwaltung haben und sich das notwendige Know-how dafür zulegen wollen. Derzeit neun zahnärztliche Körperschaften tragen die Fortbildungsplattform, mit dem Ziel einer umfassenden wissenschaftlich und systematisch ausgerichteten Selbstprofessionalisierung der Zahnärzteschaft für den Erhalt und die Stärkung der Freiheit im Heilberuf.

Zugleich mit der politischen Fortbildung erhalten die Teilnehmer auch Rüstzeug für das betriebswirtschaftliche Praxismanagement. Um die bundespolitische Bedeutung der Fortbildungsakademie zu fördern, wird die Geschäftsstelle zum Jahresbeginn 2008 nach Berlin verlegt.



Prof. Burkhard Tiemann

Der fünfte Studiengang der Akademie beginnt am 24. Januar 2008 und erstreckt sich über zwei Jahre bis Ende 2009 mit insgesamt zehn Wochenend-Studienblöcken (Donnerstagabend bis Samstagmorgen). Eine Anmeldung ist noch möglich. Die Veranstaltungen finden überwiegend in Berlin, aber auch an wechselnden Orten im Bereich der Trägerkörperschaften in Form von Seminaren statt. Wissenschaftlicher Leiter ist Prof. Burkhard Tiemann, die Geschäftsführung übernimmt Dr. Sebastian Ziller, nachdem der langjährige Akademie-Direktor Dr. J. Neumann-Wedekind (Münster) feierlich verabschiedet wird.

Grundkursus in den ersten zwei Semestern

Die Lehrveranstaltungen werden als Vorlesungen, Übungen und Seminare abgehalten. Die Kurse werden jeweils mit rund 20 Teilnehmern besetzt. Die ersten beiden Semester bilden einen Grundkurs, in dem das Recht der Heilberufe, Grundlagen der Freiberuflichkeit, politische Entscheidungsverfahren sowie Grundzüge der Volkswirtschaftslehre angeboten werden. Des Weiteren



Dr. Sebastian Ziller

stehen das Recht der GKV, Grundzüge der Gesundheits- und Sozialpolitik, zahnärztliche Selbstverwaltung, Meinungsbildung und Entscheidungsverfahren in der Berufspolitik sowie Grundzüge der Betriebswirtschaft auf dem Lehrplan. Das dritte und vierte Semester sind als Aufbaukurs konzipiert. Hier geht es dann um Praxis- und Qualitätsmanagement, Gesundheitsökonomie, Gesundheitssystemforschung, Sozialmedizin, Epidemiologie, europäische

Entwicklungen, Verbandsstrategien, Kommunikation sowie Öffentlichkeits- und Pressearbeit. Die Studienvermittlung erfolgt durch qualifizierte und ausgewählte Dozenten aus Wissenschaft und Praxis. Für den zweijährigen Fortbildungsgang wird eine Gebühr in Höhe von 3.900 Euro erhoben.

In vier Semestern ein umfassender Stoff

Die Teilnahme wird gemäß den Leitsätzen der Bundeszahnärztekammer/Deutsche Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde/Kassenärztliche Bundesvereinigung zur zahnärztlichen Fortbildung mit Punkten bewertet. Ein akademischer Ab-

schluss ist unter Anrechnung der AS-Fortbildung möglich.

In postuniversitärer Form kann ein zweisemestriges Studium an der Universität Lüneburg abgeschlossen werden. Bei erfolgreichem Abschluss ist der Erwerb des staatlich anerkannten akademischen Titels M.B.A. möglich. ■

Fast zehn Millionen Zahn-Zusatzversicherungen

PKV findet wenig neue Versicherte - Nettowachstum 2007 unter 50.000

Der Zulauf zur Privaten Krankenversicherung (PKV) hat sich im ersten Halbjahr 2007 abgeschwächt. Die 47 Versicherten zählten zur Jahresmitte 8,527 Millionen Versicherte mit einem vollen Krankheitsschutz. Ende 2006 waren es 37.700 weniger gewesen. Allerdings habe der Nettowachstum im ersten Halbjahr 2006 noch bei knapp 47.000 gelegen, stellte der Verband der PKV fest.

Grund seien die Zugangsbeschränkungen durch die Gesundheitsreform, nach denen ein Neukunde nachweisen muss, dass sein Einkommen drei Jahre oberhalb der Versicherungspflichtgrenze gelegen habe. Starkes Wachstum weist die PKV mit 644.000 auf 19,05 Millionen Verträge bei den Zusatzversicherungen aus, die auch Kassenversicherten offen stehen. Auf sie entfielen allein 13 Millionen Verträge für ambulante Tarife, Wahlleistungen im Krankenhaus sowie Zahntarife, die sich mit 9,4

Millionen Verträgen einer besonderen Beliebtheit erfreuen.

Einen sehr starken Zugang von knapp 19 Prozent auf fast eine Million Verträge registrierte die Branche in der zuletzt auch verstärkter beworbene Pflegezusatzversicherung. Die Beitragseinnahmen der privaten Kranken- und Pflegeversicherung legten 2006 um 4,2 Prozent auf 28,5 Milliarden Euro zu, in diesem Jahr rechnet die Branche mit Beitragseinnahmen von 29,2 Milliarden Euro. ■

Freier Verband will Bayerns Landesvorsitzenden ausschließen

Freiverbands-Landesversammlung Bayern droht mit Austritt aus dem Bundesverband

Der seit Jahren schwelende Streit zwischen dem Landesverband Bayern und dem Bundesvorsitzenden des Freien Verbands Deutscher Zahnärzte (FVDZ) droht nun zu eskalieren. Der Bundesvorsitzende des Freien Verbands hat beschlossen, gegen den bayerischen Landesvorsitzenden Dr. Wolfgang Heidenreich einen Antrag auf Ausschluss – auch zehn weitere Landesvorstandsmitglieder sollen aus dem FVDZ „entfernt“ werden – voranzutreiben. Im Gegenzug hat die bayerische Freiverbands-Landesversammlung angekündigt, die Auflösung des Freien Verbands Bayern durchzuführen.

In einem Antrag des Landesverbands vom 20. Oktober heißt es, es soll eine „Mitgliederbeantragung dahingehend durchgeführt werden, dass der Landesverband Bayern aufgelöst wird und sich als neuer Verband wieder bildet, der sich gegebenenfalls mit dem FVDZ Bund assoziieren kann. Der neue Verband soll die durch-

falschen Auslegung und Anwendung von Vereinsstatuten sowie an der eklatanten Diskrepanz zwischen den Worten und den Taten seiner Bundesmutter.“

Im *Frei-Fax* vom 19. November 2007 werden nun harte Vorwürfe gegen den FVDZ Bayern und seine Landesvorsitzenden erhoben. So hätte der „(Noch-)Vorsitzende Dr. Heidenreich in einem Mitgliederrundschreiben zum Widerstand gegen die Beschlüsse der Hauptversammlung in Halle und gegen den gewählten Bundesvorstand aufgerufen.“

Weiter heißt es im *Frei-Fax*: „Heidenreich, gegen den zwischenzeitlich ein Ausschlussverfahren eingeleitet wurde, kündigt an, er werde juristische Schritte gegen die Entscheidung des Bundesvorstandes prüfen beziehungsweise einleiten, weil dessen Ziel die Zerschlagung des Landesverbandes Bayern des FVDZ sei. Die einzige andere Option sei, zusammen mit allen seinen verbliebenen Anhängern den FVDZ zu verlassen.“

Hintergrund ist ein seit Jahren bestehender Konflikt innerhalb des Landesverbands um die Protagonisten Heidenreich und Dr. Manfred Kinner (ehemaliger Zweiter Vorsitzender der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns),

ausgelöst durch die Bremer Be-

ausgelöst durch die Bremer Be-

schlüsse zur „Apartheid“ gegenüber den hauptamtlich geführten KZVen. Mehrfache Anläufe des Bundesvorstands, die Konfliktparteien zu einer internen Lösung zu drängen, seien fehlgeschlagen. Stattdessen drohten führende Mitglieder des Landesvorstands damit, auszutreten, Beitrittswillige abzuhalten und die Gründung eines konkurrierenden Verbands einzuleiten, heißt es im *Frei-Fax* weiter.

Erfolgreiche Interventionen

Mit großer Mehrheit hatten daraufhin bei der Hauptversammlung in Halle (Saale) die Mitglieder des bayerischen Landesvorstands dazu aufgefordert, die Beschlüsse des Bundesvorstands anzuerkennen und zu erklären, sich nicht an der Gründung eines neuen Berufsverbands zu beteiligen. Die bayerische Landesversammlung reagierte darauf Ende Oktober mit der Forderung nach einer weitgehenden Autonomie des Landesverbands und beschloss – falls dies vom Bund nicht zugestanden werde –, den geschlossenen Übertritt in einen Konkurrenzverband.

Der Freie Verband abschließend: „Ein noch Anfang November in einem Spitzengespräch gefundener Kompromiss, dass alle führenden Köpfe den Weg frei machen sollten für einen Neuanfang durch Neuwahlen auf Bezirksgruppen- und Landesebene, wurde vom bayerischen Landesvorstand abgelehnt. Daraufhin beschloss der Bundesvorstand am 10. November einstimmig, gegen zehn Mitglieder des Landesvorstands Bayern ein Ausschlussverfahren einzuleiten.“ ■

Unglaubliche Noten im Netz

Zahnärztekammer Berlin rät zu Vorsicht bei Zahnärzte- und Ärzte-Bewertungen

„Deutschland leidet unter einem „Bewertungswahn“, meint Dr. Wolfgang Schmiedel, Präsident der Zahnärztekammer Berlin. Ob Schüler ihre Lehrer beurteilen oder Patienten ihre Ärzte: Die Internet-Angebote sind vielfältig und suggerieren Entscheidungshilfen durch vermeintlich objektive Beurteilungen anderer Personen. „Hier aber kann man leicht reinfallen, denn in der Regel wird nicht klar, wer genau beispielsweise einen Zahnarzt und dessen Leistungen bewertet hat – immerhin ist es gut möglich, dass es der Arzt oder Zahnarzt selbst war.“

Bei einem Test der Zahnärztekammer Berlin zeigte sich: Das Log-in, also die Registrierung, um Bewertungen vornehmen zu können, ist für jeden und ohne Nachweis von „Unvoreingenommenheit“ möglich. „Man muss nicht einmal ankreuzen, ob man Inhaber oder Mitarbeiter der bewerteten Zahnarztpraxis ist: Einfach Namen und Adresse eingeben,

und schon kann man die eigene Praxis in den Himmel heben und die eines ungeliebten Kollegen in Grund und Boden aburteilen.“

Für fleißige „Bewerter“ gibt es auch eine Belohnung, und für alle Registrierten den Aufruf, weitere Bewerber zu werben. „Wir können dieses offenbar beliebte Gesellschaftsspiel „Ärztebewerter“ leider nicht verbieten und



Dr. Wolfgang Schmiedel

wollen das auch gar nicht. Aber wir wollen zu einem kritischen Umgang mit den Beurteilungen und anderen Ergebnissen aufrufen“, so Schmiedel. ■